

US-Einsatz in Venezuela: „Ein Angriff auf das internationale Recht“ - Lateinamerika-Experte aus Kassel im Interview

Stand: 05.01.2026, 18:06 Uhr

Von: [Daniel Seeger](#)



Vor dem Bundesgericht in Manhattan: Menschen protestieren vor der Anklageerhebung gegen den venezolanischen Präsidenten Maduro. Nach seiner Gefangenennahme durch US-Spezialkräfte in Caracas soll Venezuelas autoritärem Präsidenten in den USA der Prozess wegen Drogendelikten gemacht werden. © Stefan Jeremiah/dpa

Der Kasseler Politikwissenschaftler Hans-Jürgen Burchardt sieht im US-Militärschlag gegen Venezuela und der Entführung des Präsidenten Maduro einen gefährlichen Präzedenzfall. Im Interview erklärt er, was das Vorgehen Washingtons für die Weltordnung bedeutet.

Luftangriffe der USA auf Venezuelas Hauptstadt Caracas und die Entführung des Präsidenten Nicolás Maduro durch US-Spezialeinheiten markieren eine neue Eskalationsstufe im Konflikt zwischen den beiden Staaten. Was wie ein plötzlicher Umsturz wirkt, ist für den Kasseler Politikwissenschaftler und Lateinamerika-Experten Hans-Jürgen Burchardt das Ergebnis einer länger vorbereiteten Entwicklung. Im Interview erklärt er, warum von einem demokratischen Übergang keine Rede sein kann, weshalb Europa international an Einfluss verliert und welche Signale das Vorgehen Washingtons an andere Staaten sendet. Ein zentrales Motiv von US-Präsident Donald Trump bleibt dabei die Kontrolle über Ressourcen: Venezuela verfügt über die weltweit größten bestätigten Ölreserven.

Herr Professor Burchardt, hat Sie die Meldung von den Explosionen in Caracas am Wochenende überrascht?

Es ist die Fortsetzung einer Eskalation. Sie begann mit der Bombardierung vermeintlicher Drogenboote im September, dann wurden venezolanische Öltanker vom US-Militär gekapert – nach internationalem Recht ist das Piraterie. Es folgte ein erster Raketenangriff auf venezolanisches Territorium. Insofern war klar, dass etwas kommt. Überraschend war eher das Tempo und der Zeitpunkt.

Wie schätzen Sie aktuell die Lage vor Ort ein?

Mit der Entführung Maduros ist das Regime nicht zusammengebrochen. Man hat eine Person entfernt, aber nicht die Machtstrukturen. An die Spitze ist nun eine Interimspräsidentin gerückt, die weiterhin die zentralen Interessen der alten Eliten vertritt. Dazu gehören wirtschaftliche Akteure, große Unternehmen sowie Militär und Sicherheitsapparate. Diese Gruppen haben in den vergangenen Jahren stark vom System profitiert. Von einem demokratischen Übergang kann keine Rede sein. Dafür ist das System zu stabil und zu gut abgesichert.

Also kein Neustart für Venezuela?

Nein. Was wir sehen, ist eher ein kontrollierter Übergang. Die USA haben kein Interesse an einem Machtvakuum. Sie wollen eine stabile Regierung, mit der sie verhandeln können. Demokratische Reformen stehen dabei nicht im Vordergrund, das haben auch Donald Trump und der US-Außenminister Marco Rubio betont. Es geht um Ordnung, Kontrolle und langfristig um Zugriff auf Ressourcen.

Wie ordnen Sie den US-Einsatz und die Entführung Maduros rechtlich ein?

Es gab keinen internationalen Haftbefehl, kein Mandat. Das ist ein klarer Bruch des Völkerrechts und des internationalen Strafrechts. Hinzu kommt ein Verstoß gegen US-Recht, weil der Kongress nicht beteiligt war. Der brasilianische Präsident Lula hat von einem gefährlichen Präzedenzfall gesprochen. Ich würde noch weiter gehen: Das war nicht nur ein Angriff auf Venezuela, sondern auf das internationale Recht.

Ist das ein Abschied von der regelbasierten Weltordnung?

Ich habe zumindest das Gefühl, dass wir uns stark in diese Richtung bewegen. Trump spricht nicht mehr von der westlichen Wertegemeinschaft, sondern von der westlichen Hemisphäre. Er bezieht sich offen auf die Monroe-Doktrin – eine Politik des 19. Jahrhunderts, die auf Macht und Einflusszonen setzt und damals europäischen Einfluss aus Südamerika zurückdrängen sollte. Die USA markieren ihr Territorium, China tut das längst, Russland ebenso.

Welche Signale sendet das an andere Staaten?

Wenn eine Großmacht offen internationales Recht ignoriert, fühlen sich andere ermutigt, ähnlich zu handeln. Umso problematischer ist die zurückhaltende Reaktion der EU, die vor allem Sorge äußert, aber kaum klare Konsequenzen formuliert.

Was hätte Europa in dieser Situation tun müssen?

Europa hätte von Beginn an sehr viel klarer reagieren müssen. Innerhalb der EU gab es durchaus deutliche Stimmen, etwa aus Spanien oder Frankreich. Deutschland und die EU haben sich dagegen auffallend zurückgehalten. Das wird international als Unsicherheit oder Schwäche wahrgenommen. Und Schwäche beeindruckt die aktuelle US-Regierung nicht.

Die USA scheinen kein verlässlicher Partner mehr zu sein...

Ja, es reicht auch nicht mehr, auf internationales Recht zu verweisen, wenn es offen gebrochen wird. Die USA haben ja auch mit Blick auf Grönland wieder Begehrlichkeiten geäußert. Wer jetzt in Europa im wahrsten Sinne des Wortes den Schuss nicht gehört hat, dem ist nicht mehr zu helfen. Wir brauchen mehr politische und wirtschaftliche Integration sowie Unabhängigkeit: militärisch, aber auch in der Digitalisierung und in der Energiepolitik. Gleichzeitig sollte Europa seine eigenen Alliierten neu sortieren. Gerade Lateinamerika bietet große Chancen, etwa über das Handelsabkommen Mercosur. Länder wie Brasilien sind an multilateraler Zusammenarbeit interessiert und wichtige wirtschaftliche Partner.

Trump begründet den Einsatz unter anderem mit Drogenbekämpfung und regionaler Sicherheit. Ist das plausibel?

Das ist ein völlig vorgeschobenes Argument. UN-Berichte und auch US-amerikanische Behörden zeigen klar, dass Venezuela bei der Produktion von Drogen praktisch keine und beim Schmuggel kaum eine Rolle spielt. Die Hauptakteure sind Kolumbien und Guatemala. Venezuela hat in den vergangenen Jahren bei der Bekämpfung des Drogenhandels sogar kooperiert, ebenso Kuba. In der jüngsten Anklageschrift gegen Maduro finden sich viele Vorwürfe, aber kein einziger belastbarer Beweis. Ich glaube auch nicht, dass dieser existiert.

Welche Rolle spielen wirtschaftliche Interessen, vor allem Öl?

Eine große. Ein Großteil des venezolanischen Öls geht heute nach China, zuletzt rund 80 Prozent. Die USA wollen diesen Einfluss zurückdrängen. Gleichzeitig stehen sie selbst vor dem Problem, dass ihre eigene Ölproduktion mittelfristig an Grenzen stößt. Fracking ist teuer und langfristig wenig konkurrenzfähig. Venezuela ist deshalb strategisch interessant. Aber das ist kein kurzfristiges Projekt. Um die Förderung hochzufahren, braucht es Jahre und Investitionen in Milliardenhöhe.

Was würde die Rückkehr großer US-Ölkonzerne für Venezuela bedeuten?

Der Konzern Chevron ist bereits über eine Beteiligung im Land, andere wie Exxon haben offene Forderungen aus früheren Verstaatlichungen. Diese Ansprüche dürften jetzt wieder auf den Tisch kommen. Entscheidend wird sein, zu welchen Konditionen das passiert. Die Unternehmen sind allerdings vorsichtig. Die Erfahrungen aus Libyen oder dem Irak haben gezeigt, dass ein Regimewechsel nicht automatisch stabile und profitable Rahmenbedingungen schafft.

Sehen Sie historische Parallelen zu früheren US-Interventionen in Lateinamerika?

Ich sehe schon eine neue Qualität. Am ehesten sehe ich noch Parallelen zu Panama, als in den 1990ern Präsident Manuel Noriega aus dem Land gebracht und in den USA vor Gericht gestellt wurde. Noriega war aber wesentlich weniger legitimiert. Maduro ist kein Demokrat, die Wahlen waren manipuliert. Trotzdem wurde er von vielen Staaten anerkannt. Die USA maßen sich nun an, zu entscheiden, wer legitim ist und wer nicht. Das ist ein massiver Regelverstoß und schwächt das internationale System.

Trump hat weitere militärische Schritte, etwa in Kolumbien, angedeutet...

Vieles davon kommt mir eher wie Säbelrasseln vor. In Kolumbien gibt es bereits neun US-Militärbasen, und eine Bodenoffensive in Venezuela wäre extrem riskant. Das Land ist riesig, schwer zugänglich, und die Opferzahlen wären hoch. Tote US-Soldaten wären innenpolitisch kaum vermittelbar. Trump ist schließlich mit dem Versprechen angetreten, Kriege zu beenden, nicht neue zu beginnen.

Auffällig war die geringe Gegenwehr bei der Entführung Maduros.

Das hat mich ebenfalls überrascht. Für mich und auch viele meiner Kontakte in Venezuela spricht einiges dafür, dass das kein militärischer Geniestreich war, sondern ein Verrat von innen. Die Aktion dauerte nur wenige Minuten. Man wusste genau, wo Maduro war. Das deutet auf eine präzise Vorbereitung mit internen Informationen hin. Ich gehe davon aus, dass Teile der Führung beschlossen haben, auf Maduro zu verzichten, um ihre eigene Macht zu sichern. Das System ist also nicht verschwunden, es funktioniert nur ohne einen bisherigen Kopf.

Für wie stabil halten Sie die neue Interimsregierung?

Das lässt sich schwer abschätzen. Im Moment ist es relativ ruhig, fast eine Art Schockstarre. Die Opposition hält sich zurück, weil niemand weiß, wie es weitergeht. Das Militär spielt eine zentrale Rolle, mit seinen rund 2000 Generälen. Es hat in den vergangenen Jahren stark vom Regime profitiert und auch Einnahmen aus dem Ölhandel vereinnahmt. Wenn Ressourcen knapper werden, drohen interne Verteilungskämpfe. Und die können sehr hässlich werden, weil das Militär natürlich auch über Waffen verfügt.

Wo sehen Sie die größten Risiken in den kommenden Wochen?

In einer schleichenden Destabilisierung. Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass Demokratisierung vollständig in den Hintergrund rückt. Der Fokus liegt dann auf Deals, Druck und Stabilität – nicht auf politischer Erneuerung.

Hans-Jürgen Burchardt (63) ist Professor für Internationale und Intergesellschaftliche Beziehungen an der Uni Kassel und leitet dort zudem das lateinamerikanische Zentrum Celsa. Der Politikwissenschaftler forscht zu Fragen der internationalen Umwelt- und Rohstoffpolitik, Nord-Süd-Beziehungen, Nachhaltigkeit und Entwicklungstheorie mit Blick auf Lateinamerika. Zudem hat er zahlreiche Forschungsprojekte in Lateinamerika durchgeführt und betreut Hochschulpartnerschaften in Argentinien, Chile, Kuba und Venezuela. Burchardt ist verheiratet und hat ein Kind.

Venezolaner in Kassel

Auch in Kassel leben Menschen mit venezolanischer Staatsbürgerschaft. Wie die Stadt Kassel auf Anfrage unserer Zeitung mitteilt, sind im Melderegister derzeit 21 Menschen aufgeführt, die einen venezolanischen Pass haben. Davon haben 10 als erste Staatsbürgerschaft die Venezolanische und 11 als zweite.